

15.02.90

Antrag

der Länder Berlin, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein

zur

Entschließung des Bundesrates zur Familienpolitik

- Antrag des Landes Baden-Württemberg -

Punkt 25 der 609. Sitzung des Bundesrates am 16. Februar 1990

Der Bundesrat möge anstelle der Ziffer 1 IV. der Ausschueempfehlung beschließen:

Trotz der großen Anstrengungen, die die Länder, die Träger der Freien Wohlfahrtspflege und die Gemeinden in den vergangenen Jahren insbesondere beim Ausbau der Kindergärten unternommen haben, reicht das Angebot an Tageseinrichtungen und Tagespflege noch nicht aus. In den nächsten Jahren wird der Bedarf wegen der steigenden Geburtenzahl und des Zuzugs von Aus- und Übersiedlern weiter anwachsen.

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß das Wohl aller Kinder es erfordert, ihnen einen Platz im Kindergarten anzubieten, wenn dies von den Eltern gewünscht wird.

Angesichts des enormen finanziellen Aufwandes, den ein solcher bedarfsge-rechter Ausbau erfordert, und angesichts der außergewöhnlichen Lasten, die die Mehrheit der Bundesländer schon aus anderen Gründen - gerade auch wegen des Zustroms an Aus- und Übersiedlern und wegen der ständig wachsenden Sozialhilfeaufwendungen - zu tragen hat,

reicht es nicht aus, eine nationale Anstrengung dieses Ausmaßes anzumahnen und sie dann allein zur Sache der Länder zu erklären. Der Bund darf Länder und Gemeinden nicht mit den finanziellen Lasten allein lassen, die der bedarfsgerechte Ausbau der Tageseinrichtungen und der Tagespflege erfordert. Er muß einen finanziellen Ausgleich gewähren. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, ein konkretes Angebot für einen solchen Ausgleich zu unterbreiten.